

Vorwort der Herausgeber

Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben auch Europa nicht unberührt gelassen. Die Europapolitik des vergangenen Jahres trägt die Spuren der Ereignisse, die vor einem Jahr die Welt erschütterten. Die Europäische Union wird immer deutlicher gefordert in der eigenen Nachbarschaft wie auch in anderen Teilen der Welt eine verantwortungsvolle Rolle bei der Friedensstiftung und Stabilitätswahrung zu übernehmen. Der ständige Begründungsdruck, der auf die europäische Integration lastet, bleibt dabei unvermindert bestehen. Europa als Schicksalsgemeinschaft zu definieren, wird zu wenig sein, um den Europagedanken neu zu begründen. Vielmehr muss die Europäische Union in den Köpfen und Herzen ihrer Bürger als Erfolgsgemeinschaft etabliert werden, die zwar auf den Errungenschaften der alten Schicksalsgemeinschaft aufbaut, aber einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung leisten kann.

Mit dem EU-Konvent, der am 28. Februar 2002 seine Arbeit aufnahm, soll ein neuer Weg in die Zukunft Europas beschritten werden. Dieses, zum Erfolg verpflichtete Gremium hat sich in einer ersten Phase der allgemeinen Aussprache dem Ziel gewidmet, einen Überblick über die unterschiedlichen Positionen und Zukunftsentwürfe zu gewinnen. Es soll schaffen, was mehreren Regierungskonferenzen vorher nicht gelungen ist: die EU als politische Union nach den Grundsätzen der Demokratie und der Gewaltenteilung zu gestalten. Die Beitrittskandidaten, die sich mit unterschiedlicher Vehemenz auf europäischer Ebene wie in ihrer nationalen Politik mit dem baldigen EU-Beitritt beschäftigen, beanspruchen dabei ihre Stimme in Europa. Es gilt gemeinsam eine tragfähige Antwort zu finden, wie Europa künftig verfasst sein soll.

Während William Wallace die großen Linien der Auswirkungen des Terrors auf das transatlantische Verhältnis bilanziert, finden sich die weniger sichtbaren Spuren in fast allen Beiträgen der inzwischen über 80 Autorinnen und Autoren wieder.

In bewährter Manier werden die Institutionen der Europäischen Union beleuchtet, erstmals berichtet Ines Hartwig über die Arbeit im Rat der EU, Martin Selmayr betrachtet die Europäische Zentralbank und Rudolf Hrbek schreibt über den Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Die Entwicklungen in den Politikbereichen der Europäischen Union können sich dem weiteren Fahrplan für die Erweiterung nicht entziehen, der auf dem Gipfel in Sevilla erneut bestätigt wurde; das wichtigste Ziel bleibt, die Erweiterung im Jahr 2004 vor den Wahlen zum Europaparlament zu realisieren.

Besonders präsent sind die Auswirkungen des 11. September 2001 in der Außenpolitik der Europäischen Union, während sich die Erschütterung nicht nur im transatlantischen Verhältnis, sondern in den Beziehungen zu allen Weltregionen niederschlägt, sind vor allem die institutionellen Veränderungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Gradmesser des gewandelten Bewusstseins. Über die Entwicklungspolitik informiert erstmals Isabelle Tannous, die jüngsten Ereignisse in Russland und den anderen GUS-Staaten betrachtet Iris Kempe.

Der Europapolitik wurde in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Bedeutung beigemessen, auch hier können wir neue Autoren willkommen heißen. Johanna Rainio berichtet aus Finnland, Michael Smith und David Allen aus dem Vereinigten Königreich.

In Laeken bestätigten die Staats- und Regierungschefs ihren Willen, die ersten Beitrittsverhandlungen bis Ende 2002 abzuschließen. Vor allem stimmte der Europäische Rat dem Fortschrittsbericht der Kommission zu, der den Abschluss der Verhandlungen – unter Beibehaltung des Reformtempo der Kandidaten – für zehn der zwölf Staaten vorsieht, mit denen derzeit verhandelt wird. Ausdrücklich genannt wurden Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Der Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 wird Stellung zur nächsten Phase der Bewerbung der Türkei nehmen müssen. Über den Stand der Beitrittsverhandlungen und die Stimmung in den Kandidatenländern informiert das Kapitel zur Erweiterung der Europäischen Union, über die Türkei schreibt dieses Jahr Günter Seufert.

Auch in diesem Band bleibt die Europapolitik in anderen europäischen Organisationen nicht außen vor. Eine Chronologie des Ereignisses des Jahres 2001, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie runden den Band ab.

Besonderer Dank gilt auch diesmal dem Auswärtigen Amt für die Förderung des Projekts, der Geschäftsführung des Instituts für Europäische Politik und des Europa Union Verlags und insbesondere den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Für die sachkundige Redaktion konnten wir Yvonne Mangelsdorf und Isabelle Tannous gewinnen, ohne deren Gespür für aktuelle Zusammenhänge und Ausdauer dieses Jahrbuch nicht so zu Stande gekommen wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels